

## **Das Bedürfnis nach Widerstand wächst**

Aus passiven Duldern müssen aktive Kämpfer werden

Die Krise, die weltweit Chaos verbreitet, kann nur wirksam bekämpft und dauerhaft überwunden werden, wenn Analysearbeit ihre Ursachen aufdeckt und wenn die erarbeitete Alternative und alternative Politik darauf orientieren, diese Ursachen zu überwinden, zu beseitigen. Offiziell wird die Krise als „Finanzkrise“ bezeichnet. Regierungsfunktionäre der Monopolkapitalisten kritisieren deren Bankfunktionäre. Die haben durch Fehlleistungen einen krisenhaften Geldmangel an falschen Stellen und die Gefahr heraufbeschworen, daß die wirklichen Krisenursachen sichtbar werden könnten. Die Krisenursache erscheint zunächst als „Geldmangel“, als der steigende Mangel an lebensnotwendigen Existenzmitteln bei Millionen Menschen und ganzen Völkern. Diese Not blockiert nicht nur die Tilgung von Krediten, sondern erschüttert das System der monopolkapitalistischen Produktionsweise und die darauf fußende Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse. Hauptursache für die Zerstörung individueller und gesellschaftlicher Existenzbedingungen ist das Eigentumsmonopol an Produktionsmitteln, das mit der Herrschaft über die Lebensbedingungen des Proletariats begonnen hat. Die geschichtlichen Tatsachen der kapitalistischen Produktionsweise haben bestätigt, was Karl Marx in seiner Kapitalanalyse offengelegt hat. Die kapitalistische Akkumulation von Profit und Reichtum auf dem einen gesellschaftlichen Pol ist zugleich Akkumulation von Armut und Elend auf dem Gegenpol, vor allem auf Seiten der Klasse, „die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert“. (MEW 23/575) Doch die Lebensfähigkeit von Kapital ist nicht schlechthin vom Profit abhängig, sondern von einem konkurrenzfähigen Profit. Der bedeutet Herrschaft auch über Konkurrenten und über den individuellen und gesellschaftlichen Konsum der Bevölkerung ganzer Länder. Bei Aufrechterhaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln gehen alle Schritte kapitalistischer Entwicklung in Richtung einer immer größeren Monopolisierung und eines „ungeheuren Anwachsens der Profite des Großkapitals auf Kosten aller übrigen Bevölkerungsschichten“. (LW 24/302) So, wie sich das Eigentumsmonopol an Produktionsmitteln zum monopolistischen, zum imperialistischen Kapitalismus entwickelt hat, sind Profite nur noch konkurrenzfähig, wenn sie sich im Bereich von Milliardenereinkünften bewegen. Das hat zunehmend alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens monopolkapitalistischer Ausbeutung und Herrschaft unterworfen. Auch der Staat, der die Ausbeuterordnung mit Gesetzen, Repressionen und der Förderung von Expansionsmöglichkeiten sichert, wurde in den Reproduktionsprozeß des Monopolkapitals integriert. Er organisiert im Interesse der Monopole die Umverteilung von unten nach oben, stärkt die internationale Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Konzerne und die Unterwerfung immer weiterer Bereiche des gesellschaftlichen Lebens unter die Herrschaft der Monopolisten. Diese und ihre Funktionäre haben die Erzeugung massenhafter Armut, die zunehmende Aggressivität und Produktivitätsfeindlichkeit und die Entfaltung aller Repressionsmöglichkeiten gegen Kritik und Alternativen krisenhaft und weltweit zugespitzt. Hauptverantwortlich dafür sind die reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals. Sie haben im vergangenen Jahrhundert schon einmal mit faschistischen Mitteln und Methoden die Menschheit in eine lebenszerstörerische Katastrophe gestürzt, die ihre Vorboten in der großen Krise von 1929/30 hatte. Den bitteren Erfahrungen der Massen mit dem Faschismus Rechnung tragend, verschärfen diese Volksfeinde den Klassenkampf in neuen Formen, mit neuen Mitteln. So haben sie zum Beispiel zur proimperialistischen

Gleichschaltung politischer Bewegungen den Parlamentarismus nicht abgeschafft, „unbequeme“ Organisationen und Akteure wurden nicht vernichtet, sondern mit neuen Formen der Repression „integriert“ oder politisch in die Isolation getrieben. Die Großkapitalisten Deutschlands versuchen, in scheinheiliger Distanz zum Hitlerfaschismus die ökonomischen und politischen Potentiale Europas diesmal nicht mit militärischer Gewalt, sondern mit Hilfe des Euro und der EU ihren erneuten Weltmachtplänen dienstbar zu machen. Mit Krieg wurde noch Jugoslawien heimgesucht, danach wurde er in andere Weltregionen verlegt und der kollektive Aggressor, die EU, als Friedensmacht bezeichnet. Im Weltmaßstab erwächst die existentielle Gefahr für die Menschheit vor allem aus der präventiven Kriegspolitik der USA und der Drohung mit dem atomaren Erstschatz. Doch über die NATO ist die EU mit Deutschland Teilhaber dieser Bedrohung. Zusätzlich fördern und stärken zwei Programme jene Bedingungen und Grundlagen, die auch hier zur gegenwärtigen Krise geführt haben. Das eine Programm, die Agenda 2010, wird schon mit den bekannten Krisenfolgen für die Lebensbedingungen der Bevölkerung praktiziert. Das andere soll die „deutschen“ Erfahrungen auf alle Länder der EU übertragen. Der erste Versuch mit dem Vertrag für eine Verfassung für Europa ist an der Wahlentscheidung in Frankreich und den Niederlanden 2005 gescheitert. Der neu aufgelegte Versuch mit den Verträgen von Lissabon hat 2008 von den Iren einen Dämpfer bekommen. Die Koalition der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals hat einen neuen Kalten Krieg entfesselt, um die irische Entscheidung zu korrigieren. Alternativ gefordert ist eine Koalition der Solidarität mit der irischen Entscheidung und deren schöpferische Nutzung. Illusionär ist die Meinung, die Verträge von Lissabon könnten von der Koalition der kalten Krieger zu Volksbefragungen in den Mitgliedsländern zugelassen werden oder die nächsten EU-Wahlen könnten die volksfeindliche EU in Frage stellen. Doch in der EU gibt es Städte und Regionen, in denen Volksbefragungen zu einer alternativen Kampfaufgabe werden könnten, mit der zu erwartenden Beweisführung, daß die parlamentarisch abgenickten Ratifizierungen über keine demokratische Legitimation verfügen und korrigiert werden müssen

Eine Analyse der Krisenursachen rückt die alternativen Aufgaben in den Vordergrund: Armut, Kriege und imperialistische Repressionen zu überwinden und einem antiimperialistischen Demokratismus den Weg zu bereiten. Das ist nicht in einem Sprung, in einer Etappe des Klassenkampfes zu erreichen, enthält aber die Kriterien für eine andersgeartete Politik, für die Organisierung von Aktions- und Wahlbündnissen, die an das anvisierte Ziel heranzuführen. Im Unterschied zu propagierten „Alternativen“ in Form von abstrakten Theoriebegriffen sind wirkliche Alternativen massenhaften Erfahrungen zugänglich. Eine Koalition andersorientierter Kräfte hätte zum Beispiel keine Schwierigkeiten, im Kampf gegen Armut, Krieg und imperialistische Repression den alternativen Charakter etwa folgender Kampfaufgaben zu belegen: Abschaffung der Mehrwertsteuer; Verbot neofaschistischer Organisationen; Rückführung der Gesetzgebung an die gewählte Volksvertretung; jährliche Reduzierung der Ausgaben für Rüstung und Militäreinsätze; Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ohne Einkommensverluste, aber mit Freizeitgewinn für Erholung, kulturelle Bedürfnisse, Sport, politisches Engagement und anderes. (Die Volksfeinde setzen Kurzarbeit und Arbeitsplatzabbau dagegen.) Alternative Programme können nur verwirklicht werden, wenn sie geeignet sind, entsprechendes Denken und Handeln von gesellschaftlicher Ohnmacht zu befreien und sie zu einer gesellschaftlichen Macht, d. h. zu einer organisierten Kraft werden zu lassen. Alternatives Denken und Handeln ist vor allem mit dem Gewaltmonopol der reaktionärsten und

aggressivsten Kräfte des Großkapitals konfrontiert. Dieses beruht auf einer größtmöglichen Zentralisation politischer und ökonomischer Macht, mit der eine ausgebeutete und unterdrückte Mehrheit in Schach gehalten wird, mit der die Krisenursachen, mit der Armut, Kriege und imperialistische Repression verewigt werden sollen.

Wichtige Instrumente dazu sind: die Monopolverbände, die gleichgeschalteten proimperialistischen Parteienblöcke, die EU, die Koalition der G 7, der IWF, die Weltbank, die WTO, die verschiedenen Militärblöcke wie vor allem die NATO. Mit Hilfe solcher internationalen Machtorgane wurden bereits die geplante demokratische und friedenssichernde Nachkriegsordnung und die entsprechenden Möglichkeiten der UNO torpediert. Solche Organisationen wurden als Machtorgane zur Lähmung der UNO entwickelt, um mit ihrer Hilfe das Kriegsverbot der UNO-Satzung durch das Recht auf Aggressionen zu ersetzen und dieses zu praktizieren. Im weiteren wurden und werden Absichten und Ansätze zu wirklich alternativem Denken und Handeln aufgespalten, zersplittert und mit Dutzenden von Scheinalternativen überdeckt, damit wirkliche Alternativen ohnmächtig bleiben. Das wichtigste Instrument dieser Politik ist von der Angst diktiert, daß alternatives Denken und Handeln revolutionäres Denken und Handeln reaktivieren könnte, welches im 20. Jahrhundert - beginnend mit der Oktoberrevolution - eine Geschichtswende herbeigeführt hat. Ausbeuter wurden ökonomisch und politisch entmachtet, Kriegstreibern wurde das Handwerk gelegt oder ihrem Aggressionsdrang durch die Friedensmacht des Sozialismus, vor allem der Sowjetunion, Grenzen gesetzt. Auf diese Kraft gestützt, wurde in einer breitestmöglichen Koalition der Versuch zerschlagen, die Menschheit faschistischer Barbarei zu unterwerfen. Imperialistische Kolonialpolitik wurden Niederlagen bereitet. Führende Aggressionsmächte mußten Niederlagen einstecken, so die USA in Vietnam und Kuba. Tonangebende Kreise der ehemals faschistischen Führungsmacht Deutschland hatten die Herrschaft über einen Teil des Landes verloren. Mit dem Ziel, all das nachfolgende Generationen vergessen zu lassen, wurden Verlage und Redaktionen mobilisiert, um die Geschichte des 20. Jahrhunderts umzuschreiben. Die Erfahrungen revolutionärer Klassenkämpfe und Veränderung wurden ausradiert. Das Ganze garnierte man mit der Lüge, solches Denken und Handeln habe sich für immer selbst zerstört und aus der Geschichte verabschiedet, weshalb es nicht zukunftsfähig und für das neue Jahrhundert nicht mehr erwähnenswert sei.

In Wirklichkeit wurden der sozialistischen Friedensmacht Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern vor allem durch gesteigerte militärische Bedrohung und den Kalten Krieg die ökonomischen und politischen Existenzbedingungen entzogen. Der Kalte Krieg der imperialistischen Großmächte wurde zu einer der Entspannung dienenden Politik umgelogen. Das Ergebnis dessen ist die gegenwärtige bedrohliche Weltlage. Die Beseitigung der Potentiale sozialistischer Staaten hat den Weg dazu bereitet.

Die umfangreiche Literatur zu den Ursachen unserer Niederlage geht überwiegend an diesen Tatsachen vorbei und kapituliert vor dem geschichtlich neuen Problem, auf welche Weise der revolutionäre Internationalismus sozialistischer Länder dem Kalten Krieg genauso erfolgreich Widerstand hätte leisten können wie zuvor anderen Feindangriffen. Doch die Beantwortung dieser Frage ist eingebunden in das vordringliche Bedürfnis nach aktuellen antiimperialistischen Aktivitäten.

In jüngster Zeit wurden staatliche Repressionen gegen Antifaschisten und deren Aktivitäten verschärft. Diese sind vor allem darauf gerichtet, in Deutschland demokratische und verfassungsrechtliche Restbestände vor der imperialistischen

Zerstörung zu schützen. Der Staat forciert die Unterdrückung aller Linkskräfte, um nazistischen Bestrebungen zum Demokratieabbau mehr Entfaltungsmöglichkeiten zu verschaffen. Hier wird sichtbar, daß faschistische, antidemokratische Gefahren nicht nur von Naziorganisationen ausgehen, sondern auch von den Institutionen selbst. Doch es gibt auch zwei sich ergänzende Varianten des imperialistischen Terrors: Die alte Variante wirkt in offener militanter Gewalt fort. Dafür stehen neofaschistische Organisationen und Kameradschaften bereit. Die moderne Variante manifestiert sich in getarntem, „neoliberalem“ Terrorismus, der vor allem die Politik des Kalten Krieges kennzeichnet. Das Wechselspiel zwischen beiden Varianten imperialistischen Terrors zeigt sich heute besonders in der Politik der herrschenden Kreise Israels gegen die Palästinenser. Diese hält für sie nur die Alternative offen, zwischen zwei Formen des Terrors zu wählen: sich entweder bedingungslos dem Diktat Tel Avivs zu unterwerfen oder mit Krieg überzogen zu werden. Die Krise verstärkt kritische Fragen und auch das Bedürfnis nach Widerstand gegen volksfeindliche Praktiken. Der Klassenfeind verschärft den Kampf gegen alle Ansätze und Möglichkeiten, seiner Politik Widerstand zu leisten. Mit den Schlägen gegen Antifaschisten will er verhindern, daß diese aus den Reihen der Nichtfaschisten Verstärkung erhalten. Die gleiche Politik verfolgt man, um Prozessen entgegenzuwirken, die aus Friedensfreunden bewußte Antiimperialisten, aus Demokraten revolutionäre Demokraten und aus beliebigen Linken sich verstärkt dem wissenschaftlichen Sozialismus zuwendende Kämpfer machen. Alternatives Denken und Handeln zielt also darauf ab, aus Duldem imperialistischer Politik bewußte Widerständler gegen ihren Opferstatus werden zu lassen, die sich zu organisiertem Handeln zusammenfinden, um einem antiimperialistischen Demokratismus den Weg zu bereiten.

*Prof. Dr. Hans Kölsch*